



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



Juli 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

### **1. Ausländerrechte in Deutschland**

*Einbürgerung · Familienzusammenführung · Visapflicht · Diplomanerkennung*

### **2. Islam in Deutschland und in Europa**

*Türkischer Nationalismus · Imamausbildung · Burkaverbot · Moscheebau Köln*

### **3. Brücken und Barrieren der Integration**

*Intelligenztest für Zuwanderer · Fremdsprache Türkisch · Regierungsbildung NRW*

### **4. Studien und Berichte über Integration**

*Integrationsbericht 2010 · Gesundheitszustand von Migranten · Bildungssystem*

#### **Impressum**

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presspiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

## 1. Ausländerrechte in Deutschland

**Im Juli beschäftigte sich die türkische Tagespresse mit dem Einbürgerungsverfahren, der Visapflicht für Türkischstämmige und den Fortschritten in der Anerkennung ausländischer Diplome.**

### **Kritik am Optionsmodell**

Die konservative **SABAH** übt am 05.07. Kritik am Optionsmodell zur Einbürgerung, an dem vor allem die CDU festhalte, obwohl auch der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) im Besitz der doppelten Staatsbürgerschaft sei. Es sei äußerst fragwürdig, inwiefern ein Politiker mit zwei Pässen den Türkischstämmigen in Deutschland das Optionsmodell für die Einbürgerung näher bringen kann, so das Blatt. Auch die liberal-islamische **ZAMAN** (07.07.) kritisiert, dass ein Ministerpräsident mit zwei Pässen die doppelte Staatsbürgerschaft selbst ablehnt. Das Blatt bezeichnet die Unterschiede in der Behandlung verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der Einbürgerung als „Doppelstandard“. Der ehemalige nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet (CDU) habe angemerkt, dass für viele Migrantengruppen die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft eingeräumt werde, informiert die **SABAH** am 12.07. „Lediglich bei den Türkischstämmigen wird mal wieder eine Ausnahme gemacht“, kritisiere Laschet. Am 13.07. spricht sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank-Walter Steinmeier in der national-islamischen **TÜRKIYE** für die Abschaffung des Optionsmodells aus, da es viele junge Menschen mit Migrationshintergrund unnötig belaste.

### **Visapflicht für Türkischstämmige**

Am 13.07. berichtet die **ZAMAN** über den Türkei-besuch des hessischen Integrationsministers Jörg-Uwe Hahn. Der FDP-Politiker habe in verschiedenen Gesprächen Andeutungen gemacht, dass es Vereinfachungsmöglichkeiten in der bislang herrschenden Visapflicht für Türkischstämmige gebe. Informell habe Hahn angekündigt, dass es in nächster Zeit beim Thema Visapflicht für Türkischstämmige positive Entwicklungen geben werde. Weiterhin habe der hessische Politiker im Rahmen seiner Reise verschiedene Gespräche zu möglichen Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und der Türkei geführt und sich außerdem positiv zu

einer EU-Mitgliedschaft der Türkei geäußert: „Der Vorschlag einer privilegierten Partnerschaft ist meiner Ansicht nach nicht mehr zeitgemäß. Die Türkei spielt auf der internationalen Bühne eine immer wichtigere Rolle. Daher ist es wichtig, die Beziehungen mit der Türkei zu überdenken, zu pflegen und zu erneuern. Die Türkei sollte EU-Mitglied werden“, zitiert das Blatt Hahn.

### **Anerkennung ausländischer Diplome**

Die **SABAH** (16.07.) verkündet, dass nach der Sommerpause ein wichtiger Schritt in der Anerkennung ausländischer Diplome anstehe. Nach Angaben der Zeitung werde die Bundesregierung im Anschluss an die Sommerpause einen Gesetzesvorschlag einreichen, der die Anerkennung von Diplomen, die nicht in der EU erworben wurden, regeln solle. Die Durchführung des Anerkennungsprozesses solle jedoch durch das jeweilige Bundesland bzw. die Berufskammern und nicht etwa durch die Bundesregierung getragen werden, so das Blatt weiter.

## **2. Islam in Deutschland und in Europa**

**Die türkischen Zeitungen setzten sich im Juli mit der Ausbildung von Imamen, einem Pilotprojekt, in dem Imame als Bekehrer fungieren sollen, der Debatte um ein eventuelles Burkaverbot in Großbritannien und mit dem Moscheebau in Köln-Ehrenfeld auseinander.**

### **Nationalismus als Hindernis der Integration**

Die **ZAMAN** berichtet am 17.07. über die Ausführungen des Berliner Innensektors Ehrhart Körting bei einer Fernsehsendung zum Thema Integration. Körting habe gesagt, dass Integrationsprobleme nicht durch starke Religiosität oder den Islam ausgelöst würden, sondern gerade bei türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten die Folge von starkem Nationalismus seien. Auch seien Probleme wie Zwangsverheiratungen oder Ehrenmorde nicht etwa mit dem Islam in Verbindung zu bringen, sondern hingen eher mit kulturellen Differenzen und unterschiedlichen Mentalitäten zusammen, so der SPD-Politiker weiter.

### **Sprachbarrieren bei Imamen überwinden**

Unter dem Titel „Imam lernt wegen Kommunikationsproblemen Deutsch“ berichtet die **ZAMAN** am 19.07. über den Fall des Imams Bicakci aus Telgte. Der Imam habe spontan beschlossen, einen Deutschkurs zu belegen, meldet die Zeitung. Grund hierfür seien die großen Verständigungsschwierigkeiten gewesen, die er mit den Kindern und Jugendlichen hatte, die für die religiöse Unterweisung die Moschee besuchen. Die fehlenden muttersprachlichen Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler hätten den Imam dazu bewogen, für die zwei Jahre seines Aufenthalts in Deutschland Deutsch zu lernen, um besser mit den Kindern kommunizieren zu können. Dieser Schritt sei durchaus positiv zu bewerten. Doch gibt das Blatt zugleich zu bedenken, dass weiterhin die Frage offenbleibe, wie man mit den unzureichenden muttersprachlichen Kenntnissen dieser Kinder umgehen sollte.

### **Imame als Aufklärer gegen Islamismus**

Unter dem Titel „Imame bekehren straffällig gewordene radikale Muslime in Strafanstalten“ informiert die **ZAMAN** am 23.07. über eine neue Projektkooperation zwischen dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) und dem Violence Prevention Network (VPN). Im Rahmen dieses Projektes werden Imame mit Berufserfahrung im Strafvollzug eingesetzt, um radikale Islamisten zu bekehren. Dieses Vorgehen habe bereits bei Jugendlichen Früchte getragen und werde daher nun systematisch auf andere Zielgruppen ausgeweitet, informiert die Zeitung. Laut Aiman Mazyek, dem Generalsekretär des ZMD, sei das beste Mittel gegen den radikalen Islam der Islam selbst.

### **Diyanet fordert Beteiligung an Imamausbildung**

Am 23.07. berichtet die **TÜRKIYE** über eine Podiumsdiskussion zum Thema „Islamische Theologie in Deutschland“, die in Köln stattfand. Als Podiumsteilnehmer habe Ali Dere, Abteilungsleiter für Außenbeziehungen der türkischen Religionsbehörde Diyanet, eine Beteiligung des türkischen Staates bei der konkreten Ausgestaltung der islamischen Theologie in Deutschland gefordert, meldet die Zeitung.

### **Burkaverbot in England unwahrscheinlich**

Nach dem kürzlich verabschiedeten Burka-Verbot in Frankreich waren Diskussionen über eine möglicherweise ähnliche Regelung in Großbritannien entbrannt. Am 20.07. nimmt der englische Parlamentarier Damian Green in der **ZAMAN** Stellung zu dieser Diskussion. Laut Green sei die Verabschiedung eines Burka-Verbotes in England sehr unwahrscheinlich, da die Engländer im Allgemeinen ein sehr tolerantes und auf gegenseitige Unterschiede Rücksicht nehmendes Volk seien. „Menschen zu diktieren, was sie in der Öffentlichkeit tragen dürfen und was nicht, widerspricht der britischen Kultur, dem britischen Demokratie- und Freiheitsverständnis“, so Green. Frankreichs politische Kultur sei grundlegend anders, insbesondere das Verhältnis zum Laizismus. Daher bestehe kein Anlass, die französische Politik zu kopieren, schreibt die Zeitung über die Ausführungen des Politikers.

### **Moscheebau in Köln-Ehrenfeld**

Am 23.07. berichtet die **HÜRRIYET** über den Fortschritt des Moscheebaus in Köln-Ehrenfeld. Die Konturen der Minarette sowie der Kuppel der Kölner Zentralmoschee seien bereits deutlich sichtbar und der Rohbau werde in Kürze fertiggestellt. Das Gesamtbudget für die Errichtung betrage 25 Millionen Euro, von denen bereits neun ausgegeben worden seien. Die Moschee soll mit den angrenzenden zahlreichen Geschäften in der Umgebung sowie einem Parkplatz mit einer Kapazität für 150 Autos bis Ende nächsten Jahres fertiggestellt werden.

## **3. Brücken und Barrieren der Integration**

**Im Juli berichteten die türkischen Medien über den Vorschlag zu einem Intelligenztest für zugewanderte Menschen, über türkischen Fremdsprachenunterricht sowie Karrieremöglichkeiten Türkischstämmiger bei der deutschen Polizei und die Gründung der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen.**

### **Intelligenztest für Migrantinnen und Migranten**

Die **ZAMAN** greift am 08.07. die Reaktion des türkischen Staatsministers Faruk Celik auf den vom Berliner CDU-Abgeordneten Peter Trapp vorgeschlagenen In-

telligenztest für Migrantinnen und Migranten auf. Mit Hilfe des Tests könne laut Trapp die Immigration nach Deutschland kontrolliert und nach den Bedürfnissen des Landes ausgerichtet werden. Celik kritisiert diesen Vorschlag als völlig inakzeptabel und rassistisch. Celik sei jedoch gleichermaßen froh, dass Staatsministerin Maria Böhmer sowie zahlreiche andere deutsche Politiker, Trapp für diese Äußerungen kritisierten. Der Staatsminister ruft im Interview außerdem dazu auf, die in den Köpfen verankerten Schranken aufzuheben, da sie den Integrationsprozess erheblich behinderten.

### **Türkisch als Fremdsprache in Baden-Württemberg**

„Grünes Licht für Türkischunterricht in Baden-Württemberg“ verkündet die **ZAMAN** (14.07.). Die Landes-CDU habe sich für türkischen Fremdsprachenunterricht an baden-württembergischen Gymnasien ausgesprochen, da dieser einen wichtigen Beitrag zur Integration türkischstämmiger Schülerinnen und Schüler leiste. Nachdem es schon seit längerem Japanisch, Chinesisch und Russisch als Fremdsprache an baden-württembergischen Schulen gebe, werde in Kürze hoffentlich auch Türkisch als neue Fremdsprache hinzukommen, so die Zeitung weiter. Am 16.07. behandelt auch die **HÜRRIYET** das Thema in ihrer Berichterstattung: Der Offenburger CDU-Landtagsabgeordnete Volker Schebesta habe vorgeschlagen, Türkisch als Fremdsprache im Lehrplan aufzunehmen. Laut Schebesta sei es vielen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund trotz großer Anstrengungen nicht möglich, im Deutschunterricht dieselben Erfolge zu erzielen, wie ihre deutschstämmigen Mitschülerinnen und Mitschüler. Dies hänge vor allem mit den muttersprachlichen Defiziten der Zuwandererkinder zusammen, die das Erlernen weiterer Sprachen enorm erschwerten. Um dieses Hindernis zu überwinden, sei es daher unbedingt notwendig, Türkisch als Fremdsprache an Schulen einzuführen. Momentan suche man nach geeigneten Schulen für die Erteilung des Türkischunterrichts, so die Zeitung. Mit Verweis auf die ablehnende Haltung des ehemaligen Rastatter Bürgermeisters Klaus Eckhart Walker in Bezug auf türkischen Fremdsprachenunterricht, lobt die Zeitung die Haltung der aktuellen CDU-Politiker als bemerkenswerten und positiven Sinneswandel.

### **Mehr Türkischstämmige zur deutschen Polizei**

Am 03.07. informiert die **ZAMAN** über eine Initiative der nordrhein-westfälischen Polizeibehörde, türkischstämmige Schulabsolventen für den Polizistenberuf zu begeistern. Laut Polizeihauptkommissar Michael Siehndel sei die deutsche Staatsbürgerschaft hierfür keine zwingende Voraussetzung mehr. Vielmehr könne ein türkischer Staatsbürger genau wie ein deutscher Polizist werden, wenn er die notwendigen Voraussetzungen erfülle. Gefordert werden u.a. ein Schulabschluss sowie gute Deutschkenntnisse und im Falle von Türkischstämmigen vor allem gute Kenntnisse der türkischen Sprache in Wort und Schrift. Wer diese Voraussetzungen erfülle, könne sich bei der nordrhein-westfälischen Polizei zum Ausbildungsbeginn im September 2011 bewerben, so die Zeitung weiter.

### **Ausweitung des Projektes „Mehr Migranten werden Lehrer“**

Am 14.07. berichtet die **ZAMAN** über das Projekt „Mehr Migranten werden Lehrer“, das von der Zeit-Stiftung durchgeführt wird. Ziel des Projektes sei es, bundesweit junge Migrantinnen und Migranten für den Lehrerberuf zu gewinnen. Dies solle mit Hilfe von gezielter Förderung sowie spezieller Beratungsangebote und die Durchführung von Seminaren erreicht werden. Das Projekt wurde bereits in Düsseldorf, Hamburg und Nürnberg durchgeführt und ist für November in Niedersachsen geplant. In Hamburg habe beispielsweise jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund, während dies auf lediglich 2% der Lehramtsanwärter zutreffe. Seit dem Projektauftritt im Jahre 2008 sei die Anzahl der Lehramtsanwärter nachweislich gestiegen, bilanziert das Blatt den Projekterfolg.

### **Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen**

„Die SPD hat ihr Versprechen nicht eingehalten“ schreibt die **SABAH** am 09.07. über die Bildung der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. Nachdem die SPD im Wahlkampf zur Landtagswahl die türkischstämmige Zülfiye Kaykin als Integrationsministerin in ihr Schattenkabinett aufgenommen hatte, sei dieses Versprechen bei der Regierungsbildung nicht mehr berücksichtigt worden, bemängelt das Blatt. Am 12.07. berichtet die **SABAH** erneut über das Kabinett der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Inzwischen seien Spekulationen bekannt geworden, dass die Ernennung Kaykins zur Integrationsministerin an der fehlenden Zustimmung der Grünen gescheitert sei,

so das Blatt. Am 15.07. schreibt die **SABAH** weiter, dass Zülfiye Kaykin anstelle des versprochenen Ministerpostens, das Amt der Staatssekretärin im Integrationsministerium angeboten worden sei. Kaykin sei mit diesem Angebot durchaus zufrieden und werde sich dafür einsetzen, dass Migrantinnen und Migranten mehr an der Politik in Deutschland partizipieren könnten. Auch die **HÜRRIYET** (16.07.) meldet, dass Kaykin für das Amt der Staatssekretärin im Integrationsministerium im Gespräch sei. Am 23.07. informiert die **ZAMAN**, dass zwei türkischstämmige Frauen die ihnen angebotenen Ministerposten dankend abgelehnt hätten. Auf der Suche nach einer türkischstämmigen Ministerin habe die NRW-SPD Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu von der Universität Bremen das Amt der Wissenschaftsministerin und Nevin Bekis, einer Richterin am Oberlandesgericht Brandenburg, das Amt der Justizministerin angeboten, informiert das Blatt auf der Titelseite.

#### **Verleihung des KAUSA Medienpreises 2010**

Die **ZAMAN** (23.07.) berichtet auf ihrer Titelseite über die im November anstehende Verleihung des KAUSA Medienpreises 2010. Nach Angaben der Zeitung wolle das Bundesministerium für Bildung und Forschung diejenigen Journalisten aus Print- und Onlinemedien sowie Radio- und Fernsehjournalisten honorieren, die die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten in Deutschland in bester Weise vorstellen. Neben der Summe der Preisgelder, die insgesamt 25.500 € betrage, gebe es außerdem eine Reise nach Istanbul zu gewinnen, so die Zeitung weiter.

#### **4. Studien und Berichte über Integration**

**Im Juli wurden in der türkischen Presse Studien diskutiert, die sich mit dem Gesundheitszustand von Beschäftigten mit Migrationshintergrund und der Zufriedenheit mit dem deutschen Bildungssystem beschäftigten.**

#### **Integrationsbericht 2010**

Am 07.07. berichtet die **HÜRRIYET** über den von der Bundesregierung vorgelegten Integrationsbericht 2010, der sich mit der Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland auseinandersetzt und vergleichend evaluiert. „Migran-

ten sind Opfer der Bildungspolitik“ titelt das Blatt und fasst damit eines der Berichtsergebnisse zusammen: Demnach verlassen noch immer 13,3% der 15- bis 19-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund die Schule ohne den Erwerb eines Schulabschlusses. Verglichen mit den Zahlen aus dem Vorjahr entspreche dies einem Anstieg von etwa 30%. Während mit 48% fast die Hälfte aller Kinder mit Migrationshintergrund lediglich einen Hauptschulabschluss erwirbt, beträgt der Anteil bei gleichaltrigen Kindern deutscher Herkunft gerade einmal 31%. In der **ZAMAN** (08.07.) nimmt Staatsministerin Maria Böhmer zum Ergebnis des Integrationsberichts Stellung: „Wir können leider nicht behaupten, dass bei Themen wie gesellschaftlicher Partizipation Chancengleichheit in Deutschland herrscht“. Unter dem Titel „Bitteres Eingeständnis von Ministerin Böhmer“ thematisiert auch die **TÜRKIYE** (08.07.) diese Äußerungen zum Integrationsbericht 2010. Trotz der Feststellung einiger Verbesserungen habe sie eingeräumt, dass nach wie vor gerade in den Bereichen Bildung und Ausbildung keine Chancengleichheit für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte herrsche. Am 09.07. informiert die **HÜRRIYET**, dass die Ergebnisse des Integrationsberichts von vielen Menschen als „Ausdruck des Versagens der Regierung“ bewertet worden seien.

### **Gesundheitszustand von Arbeitnehmern**

Am 16.07. behandelt die **ZAMAN** die Ergebnisse des Fehlzeiten-Reports 2010, einer Studie, die den Gesundheitszustand von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit und ohne Migrationshintergrund untersucht. Bei der vom Wissenschaftlichen Institut der AOK und der Universität Bielefeld durchgeführten Erhebung wurden bundesweit Beschäftigte aus insgesamt 500 Unternehmen befragt. Die Untersuchung ergab, dass in deutschen Unternehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund mehr gesundheitliche Probleme aufweisen und öfter krank sind, als ihre deutschstämmigen Arbeitskolleginnen und -kollegen. Grund für diese Differenzen sei vor allem die Tatsache, dass Arbeitnehmerinnen und -nehmer mit Migrationshintergrund größerer körperlicher Belastung sowie einem insgesamt größeren Druck ausgesetzt seien. Ergänzt werde dieser Zustand durch fehlende Unterstützung von und Rückhalt bei den Vorgesetzten sowie das generelle Gefühl, nicht integriert zu sein, so der Ergebnisbericht der Studie. Weitere Gründe für den schlechteren Gesundheitszustand seien außerdem die ungleiche Behandlung im Vergleich zu deutschstämmigen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Sprachprobleme, allgemeine Wissenslücken bei Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie die schwierigen Arbeitsbedingungen im Fastenmonat Ramadan. Gleichzeitig wird in der Studie jedoch exemplarisch ein Unternehmen aus Bayern erwähnt, in dem auf die Vielfalt innerhalb der Belegschaft bewusst Rücksicht genommen werde: So gebe es beispielsweise flexible Regelungen bei einer Urlaubsreise in die Türkei und internationale Gerichte in der Cafeteria, meldet die Zeitung.

### **Internationaler Migrationsausblick 2010 der OECD**

Am 14.07. berichtet die **ZAMAN** über die neue Ausgabe des Internationalen Migrationsausblicks, den die OECD am 12.07. veröffentlichte. Der Bericht stellt fest, dass Deutschland von dem Arbeitspotenzial seiner Zugewanderten nicht ausreichend Gebrauch macht. Dies hänge vor allem damit zusammen, dass Migrantinnen und Migranten nicht hinreichend auf dem deutschen Arbeitsmarkt integriert seien. Dementsprechend schlecht schneide die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ab. Auch weist der Ausblick darauf hin, dass im Vergleich zum Jahr 2008 die Zuwanderung aus der Türkei nach Deutschland stark abgenommen hat. Nach Zuwanderungsströmen aus Polen und Rumänien belege die Türkei nur noch den dritten Platz, informiert die Zeitung.

### **Unzufriedenheit mit dem deutschen Bildungssystem**

Am 02.07. veröffentlicht die **ZAMAN** die Ergebnisse einer Untersuchung, die das Forsa Institut im Auftrag der Zeitschrift Stern Ende Juni durchgeführt hat. Deutschstämmige sowie Migrantinnen und Migranten wurden im Rahmen der Studie zum deutschen Bildungssystem befragt. Die Untersuchung ergab u.a., dass 62% der Deutschstämmigen mit dem deutschen Bildungssystem sehr unzufrieden sind. Während 27% der Befragten angaben, mit dem jetzigen System zufrieden zu sein, fanden lediglich 3% das deutsche Bildungssystem sehr zufriedenstellend. Außerdem habe die Studie gezeigt, dass auch die Mehrheit der Deutschstämmigen für längeres gemeinsames Lernen sei, so die Zeitung weiter.

### **Statistisches Bundesamt: Türkischstämmige in Deutschland**

In Anlehnung an die Angaben des Statistischen Bundesamtes meldet die **HÜRRIYET** am 16.07., dass im vergangenen Jahr die Anzahl der Menschen mit

Migrationshintergrund im Bundesgebiet erstmals die Grenze von 16 Millionen überschritten habe. Dies stellt einen Anteil von 19,6% an der Gesamtbevölkerung dar. Außerdem habe die Zahl der Türkischstämmigen in Deutschland mittlerweile beinahe drei Millionen Menschen erreicht, informiert die Zeitung weiter.